

**2026/I/Soz/5**

## **Beschluss**

**Annahme in geänderter Fassung**

### **Wirklich keine Bezahlkarte – Selbstbestimmung statt Kontrolle!**

1. Die SPD Bürgerschaftsfraktion und sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden aufgefordert, etwaige Pläne für eine Bezahlkarte zur allgemeinen Auszahlung von Sozialleistungen an Empfänger\*innen, welche ein eigenes Konto besitzen, zu stoppen und auch in Zukunft nicht zu verfolgen.

2. Die Bezahlkarte kann ohne großen technischen Aufwand zum Kontrollinstrument für Leistungsempfänger\*innen werden, ist unter datenschutzrechtlichen Gesichtspunkten bedenklich und birgt die Gefahr versteckter Gebühren (z.B. bei Bargeldabhebungen). Menschen ohne eigenes Konto soll die Sozialbehörde bei der Einrichtung eines eigenständigen Bankkontos unterstützen und ggf.

3. Die geringfügigen Kontoführungsgebühren übernehmen, damit die Sozialleistungen elektronisch ausgezahlt werden können.

4. Die Bezahlkarte kann unter Umständen eine sinnvolle Lösung für Menschen ohne eigenes Konto und ohne festen Wohnsitz/ohne Meldeadresse sein, um Unterstützungsleistungen abrufen zu können. Die Bezahlkarte soll dabei lediglich die Ultima Ratio darstellen, wenn alle anderen Möglichkeiten zuvor ausgeschlossen wurden.

#### **Überweisen an**

Senat und Bürgerschaft